

Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Wohlfahrtsverbände (AGW)



Sprecher der AGW:

Gunter Kröger
c/o AWO KV Braunschweig
Schlosstraße 8
38100 Braunschweig
Tel: 0531889890
E-Mail: G.Kroeger@awo-kv-bs.de

Datum: **12.03.2018**

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Braunschweiger Wohlfahrtsverbände (AGW) zu der Rats-Anfrage der AfD vom 01.03.2018 (18-07635) i. S. „Sicherheit bei der Braunschweiger Tafel“

Mit Verwunderung und Abscheu haben die Vorstände und Geschäftsführungen der in der AGW zusammengeschlossenen Wohlfahrtsverbände die o. g. „Anfrage“ der AfD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig zur Ratssitzung am 13.03.2018 zur Kenntnis genommen. Da in dieser sog. „Anfrage“ die Arbeit der Wohlfahrtsverbände und die Belange hilfebedürftiger Menschen in unserer Stadt berührt werden, fühlen wir uns zu der folgenden Stellungnahme veranlasst.

Zunächst möchten wir feststellen, dass hier von der AfD offensichtlich die Form der „Anfrage“ vorsätzlich missbräuchlich genutzt wird, um die eigenen destruktiven und menschenverachtenden Sichtweisen in einer öffentlichen Ratssitzung kundtun zu können. Wir sind verwundert, dass solcherlei Missbrauch nicht durch entsprechende Regularien der kommunalen Gremien unterbunden wird.

Abscheulich finden wir, dass die AfD Behauptungen in Frageform aufstellt, die für Braunschweig schlicht und einfach erlogen und somit auch nicht zu belegen sind und mit denen Menschen und Gruppen in unserer Stadt diffamiert und gegeneinander ausgespielt werden.

Das gegenseitige Ausspielen von auf der einen Seite angeblich rücksichtslosen und sich verächtlich gegenüber älteren Frauen und Alleinerziehenden verhaltenden (zumeist) illegalen Zuwanderern gegenüber angeblich aufgrund solcher Verhaltensweisen hungern-der Frauen auf der anderen Seite stellt eine abscheuliche Provokation und Verleumdung der Betroffenen dar, die wir als AGW auf das Schärfste zurückweisen.

Solche Behauptungen und die zugrunde liegende Menschenverachtung konterkarieren alle Bemühungen der Wohlfahrtsverbände und der breiten Mehrheit der Menschen in Braunschweig, ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in dieser Stadt zu fördern.

Die AGW sieht in dieser Anfrage der AfD-Fraktion im Stadtrat zum wiederholten Mal eine massive Störung der unermüdlichen Arbeit von über 5.000 haupt- und ehrenamtlichen Menschen in der freien Wohlfahrtspflege, die sich in unserer Stadt tagtäglich für einen Interessenausgleich und ein gutes soziales Miteinander einsetzen und verurteilt

Mitglieder der AGW:

Arbeiterwohlfahrt - Kreisverband Braunschweig e.V. (AWO) ■ Caritasverband Braunschweig e. V. (CV) ■ Deutsches Rotes Kreuz - Kreisverband Braunschweig-Salzgitter e. V. (DRK) ■ Diakonie im Braunschweiger Land gemeinnützige GmbH (Diakonie) ■ Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V. - Kreisverband Braunschweig (PARITÄT)

diesen erneuten Störungsversuch aufs Schärfste. Die AGW sieht sich zudem darin bestärkt, jegliche Zusammenarbeit mit der AfD-Fraktion abzulehnen.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, wie sehr wir das gute Miteinander mit sämtlichen anderen Fraktionen, der Stadtverwaltung und zahlreichen anderen gesellschaftlichen Kräften in Braunschweig schätzen, mit denen wir, auch bei Meinungsverschiedenheiten, in konstruktiver Art und Weise und im Rahmen der allgemein üblichen demokratischen Verfahren und Spielregeln zum Wohle unserer Stadt immer wieder gerne zusammenarbeiten.

Für die AGW Unterzeichnende:

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband BS e. V., Gunter Kröger, Geschäftsführung
Caritasverband, Magdalena Gruber und Matthias Konrad, Vorstand
Deutsches Rotes Kreuz, Christian Blümel und Carola Mette, Vorstand
Diakonie, Anke Grewe und Norbert Velten, Geschäftsführung
Paritätischer Wohlfahrtsverband, Henning Eschemann, Geschäftsführung
Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband BS e. V., Dirk Bitterberg und Rifat Fersahoglu-Weber,
Vorstand